Tagung ›Die UN im Fokus von Politik, Medien und Forschung‹ 28./29. Juni 2012

Norman Weiß

(vgl. auch Norman Weiß, Fachkonferenz des Forschungsrats der DGVN ›UNO-Forschung in Deutschland‹, VN, 3/2006, S. 124)

Die Vereinten Nationen werden zugleich mit Erwartungen überfrachtet, unterschätzt, ignoriert, als Quelle von Versorgungsposten betrachtet und gelten als idealer Sündenbock für ungelöste internationale Krisen. So diffus das Bild der Vereinten Nationen, so dezidiert sind die Urteile über sie – und werden leider oftmals auf einer sehr schmalen Wissensbasis gebildet.

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) gehört zu denen, die diesen Zustand, diese Gemengelage von Nichtwissen und Vorurteilen, schon satzungsgemäß nicht hinnehmen wollen. Deshalb schreitet die DGVN mutig voran, um Licht ins Dunkel zu bringen. Ein Mittel dazu ist die Zeitschrift Vereinte Nationen. Im Jahr 2012 besteht die Zeitschrift 50, die DGVN 60 Jahre.

Mit der von ihrem Forschungsrat konzipierten Konferenz ›Die UN im Fokus von Politik, Medien und Forschung‹ hat die DGVN es unternommen, diese beiden Jubiläen nicht nur zu feiern, sondern ihr eigenes Wirken zu reflektieren: Wie wendet sich die Politik in Gestalt des Deutschen Bundestages den Vereinten Nationen zu? Welche Aufmerksamkeit genießen die Vereinten Nationen in den Medien? Und was sind aktuelle Forschungsfragen und -strukturen, die sich mit den Vereinten Nationen beschäftigen?

Die sehr gut besuchte Veranstaltung wurde mit einer Rede von Klaus Töpfer eröffnet. Der ehemalige UNEP-Exekutivdirektor unterstrich die Bedeutung der Vereinten Nationen für viele kleinere Staaten, die ansonsten nur schwer Gehör fänden. Gleichzeitig sollte sich auch Europa, dessen Gewicht in der Welt stetig abnehme, in den und über die Vereinten Nationen Gehör verschaffen. Globale Themen seien für alle Staaten relevant und hätten dort das geeignete Forum. Dabei werde freilich auch deutlich, dass nicht alle Staaten die gleiche Sicht auf die Dinge hätten: Perzeption, Analyse und Lösungsansätze sind weltweit sehr unterschiedlich. Daraus folge aber auch, dass es kein Scheitern der Vereinten Nationen bedeutet, wenn dieser Prozess abgebildet werde. Vielmehr sei es Auftrag aller, kontinuierlich weiterzuarbeiten und immer wieder neue Ideen zu entwickeln.

Dermaßen eingestimmt wandten sich die Teilnehmer den drei Tagungsabschnitten zu. Das erste Panel ›Afghanistan und was noch? Die UN und das Parlament‹ wurde von Johannes Varwick, Mitglied des DGVN-Forschungsrats, moderiert; seine Gesprächspartner waren Jürgen Klimke (Mitglied Unterausschuss Vereinte Nationen, CDU), Winfried Nachtwei (ehemaliges Mitglied Verteidigungsausschuss, Bündnis 90/Die Grünen), Paul Schäfer (Mitglied Verteidigungsausschuss, Die Linke) und Heidemarie Wieczorek-Zeul (Mitglied Unterausschuss Vereinte Nationen, SPD).

Ein Gutteil der Diskussion drehte sich um das Selbstverständnis der Abgeordneten und des Unterausschusses und weniger um die Vereinten Nationen und die deutsche UN-Politik. Dieser Teil war gleichwohl sehr aufschlussreich, wurde doch geäußert, die Hauptaufgabe des Unterausschusses liege nicht in der Kontrolle der Regierung. Beklagt wurde, dass es nicht gelungen sei, das Thema Vereinte Nationen beim Unterausschuss zu konzentrieren, und dass das Thema insgesamt einen zu geringen Stellenwert in der Arbeit des Bundestages einnehme. Änderungsvorschläge der Panelteilnehmer sahen denn auch vor, die symbolische Sichtbarkeit der Vereinten Nationen ebenso wie die tagespolitische Analyse zu erhöhen und eine kontinuierliche Befassung mit UN-politischen Themen sicherzustellen.

Das zweite Panel unter der Überschrift ›UN-Sicherheitsrat und was noch? Die UN und die Medien‹ wurde von Anja Papenfuß (Zeitschrift Vereinte Nationen) moderiert; auf dem Podium saßen Dagmar Dehmer (Der Tagesspiegel), Arnd Henze (WDR-Fernsehen), Thomas Nehls (WDR-Hörfunk) und Markus Weidling (dapd-Presseagentur). Das lebendige und gut vorbereitete Podium konnte sich rasch darauf einigen, dass die Vereinten Nationen nicht an sich als Thema platziert werden könnten, sondern immer einen Aufhänger bräuchten. Die Notwendigkeit, in begrenzter Zeit oder auf begrenztem Raum Komplexität zu reduzieren und daher Hintergründe oftmals nicht fassbar machen zu können, wirkten sich ebenso auf die (geringe) Präsenz des Themas aus wie die große Konkurrenz anderer Themen.

Auch die finanziellen Spielräume der Medienhäuser könnten die Berichterstattung steuern, wie Frau Dehmer augenfällig machte, als sie berichtete, dass ihre Reise zur Konferenz ›Rio+20‹ nur dank finanzieller Unterstützung von dritter Seite möglich geworden sei, während gleichzeitig mehrere Sportreporter selbstverständlich zur Fußball-Europameisterschaft hätten fahren können. Umgekehrt verfügen ARD und ZDF zwar über ausreichend Geld, allerdings fehlten oftmals die Anknüpfungspunkte dafür, um im Fernsehen eine Geschichte erzählen zu können, in denen die Vereinten Nationen eine Rolle spielen.

Hatten die ersten beiden Panels gezeigt, dass es für die Medien oder Politik schwierig ist, die Vereinten Nationen grundsätzlich ins Auge zu fassen, so ruhten die Hoffnungen auf der Diskussion auf dem dritten Panel: Zumindest die Wissenschaft könne sich doch des Themas umfassend annehmen, so die Erwartung. Gibt es eine UN-Forschung, die über Themenkonjunkturen hinausgeht – das war unter anderem Gegenstand des Panels ›R2P und was noch? Die UN als Gegenstand der Forschung‹. Manuel Fröhlich (Mitglied des DGVN-Forschungsrats), Helmut Volger (Gründer und Koordinator des Forschungskreises Vereinte Nationen), Julia Harfensteller (Ko-Vorsitzende der ›UN Studies Association‹) und Gerrit Kurtz (Leiter der AG Forschung und Lehre des Jungen UNO-Netzwerks/JUNON) diskutierten – moderiert von Silke Weinlich (Mitglied des DGVN-Forschungsrats).

Hier konnte von JUNON berichtet werden, dass vorrangig Themen aus den Bereichen Frieden und Sicherheit, Menschenrechte sowie Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bearbeitet würden, kulturelle und wirtschaftliche Themen dagegen eher im Hintergrund stünden. Während somit eine – über das emblematisch gesetzte ›R2P‹ der Überschrift hinausgehende – thematische Breite konstatiert werden konnte, musste festgestellt werden, dass sich größtenteils Sozialwissenschaftler mit den Vereinten Na-

tionen beschäftigen, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler dagegen deutlich weniger.

Die Panelisten waren sich über Qualität, Publikumsorientierung und Angebotsbreite bei der deutschsprachigen und von deutschsprachigen Autoren in englischer Sprache verfassten Literatur zu UN-Themen nicht einig; auch die Einschätzungen der Situation in anderen Ländern, insbesondere in den mehrfach als Referenz genannten USA gingen auseinander. Im Vergleich zur UN-Forschungskonferenz vom Dezember 2005 seien jedenfalls Fortschritte zu erkennen. Die Forschung zu den Vereinten Nationen habe sich seither verstetigt; gerade auch im Nachwuchsbereich gebe es mit JUNON und der ›UN Studies Association‹ neue bemerkenswerte Initiativen. Dies belege das anhaltende Interesse an den Vereinten Nationen.

Mit dieser Fachtagung wollte der DGVN-Forschungsrat Bestandsaufnahme und Vorschau miteinander verbinden: Wo gibt es Defizite und was kann die DGVN tun, um ihren satzungsmäßigem Zweck mit Blick auf die Vereinten Nationen zukünftig noch besser nachzukommen? Dank der Zeitschrift und der ausgebauten Internetpräsenz ist die Sichtbarkeit der DGVN für das interessierte Publikum gegeben und wird durch die bald verfügbare Online-Recherche in allen Ausgaben der Zeitschrift weiter erhöht. Das Angebot an tagesaktuellen und grundsätzlichen Veranstaltungen ist groß und soll beibehalten werden; hierbei wird weiterhin die Zusammenarbeit mit kompetenten Partnern gesucht. Der Forschungsrat wird weiterhin spezifische Akzente setzen und im Jahr 2013 eine Konferenz veranstalten, die die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen vor 40 Jahren zum Anlass nimmt, Rückblick, Analyse und Ausblick interdisziplinär und praxisorientiert miteinander zu verbinden.

Lesen Sie auch auf der DGVN-Webseite den Bericht vom 6. Juli 2012 über die Tagung, über: www.dgvn.de/newsarchiv.html?&no_cache=1 und die Rede von Klaus Töpfer: www.dgvn.de/1311.html Näheres zur deutschen UN-Forschung findet sich im Sammelband von Manuel Fröhlich (Hrsg.), UN Studies: Umrisse eines Lehr- und Forschungsfeldes, The United Nations and Global Change, Bd. 1, Baden-Baden 2008.

Rückschau: Aus Heft 2/1992

Постоянный Представитель Российской Федерации при Организации Объединенных Наций

Permanent Representative of the Russian Federation to the United Nations

136 East 67 Street
New York N.Y. 10021

70/к

г. Нью-Йорк, "27" января 1992 года

Уважаемый г-н Генеральный Секретарь,

Настоящим имею честь довести до Вашего сведения текст ноты Министерства Иностранных Дел Российской Федерации, направленной главам дипломатических представительств в Москве.

"Российская Федерация продолжает осуществлять права и выполнять обязательства, вытекающие из международных договоров, заключенных Союзом Советских Социалистических Республик.

Соответственно правительство Российской Федерации будет выполнять вместо правительства Союза ССР функции депозитария по соответствующим многосторонним договорам.

В этой связи Министерство просит рассматривать Российскую Федерацию в качестве стороны всех действующих международных договоров вместо Союза ССР".

Прошу Вас распространить данное письмо среди государств-членов ООН и государств-наблюдателей.

С уважением,

Ю.ВОРОНЦОВ

Его Превосходительству
г-ну Бутросу ГАЛИ
Генеральному Секретарю
Организации Объединенных Наций
г. Нью-Йорк

In einem keineswegs über jeden völkerrechtlichen Zweifel erhabenen, jedoch seitens der internationalen Staatengemeinschaft unbeanstandet gebliebenen Verfahren hat die Russische Föderation die Nachfolge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in den Vereinten Nationen – und das heißt auch als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrats – angetreten. Die äußere Form, in der sich der Übergang vollzog, stand in erkennbarem Gegensatz zur historischen Bedeutung des Schritts; unter anderem teilte mit Schreiben vom 27.Januar 1992 der bisherige Vertreter der Sowjetunion, Julij Woronzow, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mit der Bitte um Weitergabe an die am Sitz der Vereinten Nationen vertretenen Staaten den Text einer an die diplomatischen Vertretungen in Moskau gerichteten Note des russischen Außenministeriums mit. Darin heißt es lapidar: »Die Russische Föderation wird weiterhin ihre Rechte ausüben und ihre Verpflichtungen erfüllen, die sich aus den von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossenen Verträgen ergeben. Dementsprechend wird die Regierung der Russischen Föderation die früher von der Regierung der Sowjetunion ausgeübten Funktionen als Depositar der entsprechenden multilateralen Verträge ausüben. In diesem Zusammenhang ersucht das Ministerium darum, daß die Russische Föderation anstelle der Sowjetunion als Vertragspartei aller in Kraft befindlichen internationalen Übereinkommen betrachtet wird.«